

Günter Reise
Webskamp 12
26197 Großenkneten
☎ 04435 5165

✉ lorequenterreise@gmx.de

Großenkneten August 2023

Die Senioren-Union der CDU Deutschland nimmt zu nachfolgenden Themen Stellung

1. *Häusliche Pflege unterstützen*

Senioren-Union Ort will finanzielle Hilfen

In Deutschland werden über zwei Millionen Menschen zu Hause gepflegt, d.h. mehr als die Hälfte aller Pflegebedürftigen werden allein durch Angehörige versorgt. Dieses persönliche und gesellschaftliche Engagement müsse endlich umfassend gewürdigt werden, sagt die Senioren-Union der CDU-Kreisvereinigung Oldenburg-Land und erwartet die Einführung einer Lohnersatzzahlung nach dem Modell des Elterngeldes.

Wer Angehörige pflegt und dafür seine berufliche Tätigkeit vorübergehend aufgibt, muss finanziell entschädigt werden, damit der Lebensunterhalt gesichert bleibt.

Bisher erhalten Pflegende lediglich ein zinsloses Darlehen oder ein auf zehn Tage begrenztes Unterstützungsgeld.

Die Senioren-Union unterstützt die Forderung aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie von Gewerkschaften und Sozialverbänden nach einem Rechtsanspruch auf ein Pflegegeld zur materiellen Absicherung. „Wir müssen die gewaltige Leistung von pflegenden Angehörigen endlich gebührend anerkennen und angemessen honorieren“, betont die Senioren-Union. „Was für die Betreuung von Kindern gilt, sollte auch für Pflegebedürftige möglich sein.“ Neben einem Pflegegeld spricht sich die Senioren-Union auch für einen Steuerfreibetrag sowie eine finanzielle Anerkennung der Pflegeleistung bei der Berechnung der Rente aus.

2. *Deutschland befindet sich in einer Rezession.*

Derweil ist die Bundesregierung im Sommerpausenmodus und sieht den verheerenden wirtschaftlichen Entwicklungen von der Seitenlinie aus tatenlos zu: Die Wirtschaftsleistung ist im letzten Quartal nicht gewachsen. In den beiden Quartalen zuvor ist sie sogar geschrumpft. Der Internationale Währungsfonds erwartet für das Gesamtjahr einen Rückgang der Wirtschaftsleistung um 0,3 Prozent. In allen vergleichbaren Staaten ist die wirtschaftliche

Entwicklung – zum Teil deutlich – besser. Die OECD prognostiziert unter den großen Volkswirtschaften nur für Russland eine schwächere Entwicklung. Das Wachstum in Deutschland gehört zum letzten Drittel der Eurozone. Andere Indikatoren für die weitere Entwicklung sind ebenfalls negativ. Die Arbeitslosigkeit steigt, im Juli um 150.000 im Vorjahresvergleich. Im ersten Halbjahr 2023 ist die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stark gestiegen. Im Jahr 2022 sind aus Deutschland 135 Milliarden Euro Kapital abgeflossen, aber nur 10 Milliarden Euro sind aus dem Ausland in Deutschland investiert worden. Position der Senioren-Union Deutschland Die wirtschaftliche Entwicklung ist zutiefst besorgniserregend. Deutschland als bis dato größte Volkswirtschaft der Europäischen Union verliert den Anschluss und ist auf dem Weg, wieder zum „kranken Mann Europas“ zu werden. Der Tatenlosigkeit der Bundesregierung haben CDU und CSU ein Sofortprogramm zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen entgegengestellt.

- **Energiekosten reduzieren:** Stromsteuer und Netzentgelte senken.
- **Keine neuen Belastungen in der Krise:** Stopp aller neuen Gesetze, die Bürokratie verursachen.
- **Respekt für Arbeit und Fleiß:** Steuerfreiheit für Überstunden und Entlastung insbesondere von Gering- und Normalverdienern. **Respekt für Eigentum:** keine Erbschaftsteuer auf das Elternhaus, Senkung der Grunderwerbsteuer für selbst genutzte Immobilien und Stopp des Heizungsgesetzes.
- **Turbo für Innovation und Forschung:** weniger Steuern auf einbehaltene Gewinne und bessere Abschreibungsmöglichkeiten. Mit ihrer Tatenlosigkeit gefährdet die Bundesregierung Wohlstand and Wachstum in Deutschland. CDU und CSU wollen Wohlstand sichern, Wachstum ankurbeln und Wertschöpfung ermöglichen. Hierfür haben sie ein konkretes Sofortprogramm vorgestellt. Unternehmen und Beschäftigte müssen zügig und direkt entlastet werden – bei Energiepreisen, Steuern und Bürokratie. Senioren lehnen Zwang zum Gendern ab
Entschiedenem Widerstand gegen jeden Zwang zu angeblich „gendergerechter“ Sprache und Schrift hat die Senioren-Union der CDU angekündigt. Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehne das Gendern als unnatürlich, gekünstelt und übertrieben ab, erklärt die Senioren-Union in einer Pressemitteilung. Da das Gendern mit Sonderzeichen auch gegen die Empfehlungen des Deutschen Rates für Rechtschreibung verstoße, sei es besonders für die ältere Zielgruppe kein Thema. Die Senioren-Union unterstützt jedes sinnvolle gesellschaftspolitische Engagement für Gleichberechtigung. Die Gendersprache führe aber nicht zur Inklusion.

3. Senioren-Union kritisiert einseitig negatives Altersbild in Gesellschaft

Die Senioren-Union der CDU wehrt sich gegen das aus ihrer Sicht einseitig negativ gezeichnete Bild älterer Menschen in der Gesellschaft. „Oftmals werden ältere Menschen mit Stereotypen wie Abhängigkeit, mangelnder Belastungsfähigkeit und geringer Produktivität in Verbindung gebracht“, kritisiert der Bundesvorstand der Senioren-Union in einem Leitantrag für die Bundesdelegiertenkonferenz Ende August in Magdeburg. Stattdessen fordern die Senioren ein positives und realistisches Altersbild, das die Beiträge älterer Menschen für die Gesellschaft anerkennt. Unter anderem fordern die Senioren die Aufhebung altersdiskriminierender Regelungen und Vorschriften. So soll der Artikel 3 Absatz 3 im Grundgesetz um das Verbot der Altersdiskriminierung ergänzt werden. Darin werden bisher nur Religion, Geschlecht und Herkunft des Menschen unter den Schutz vor Benachteiligungen gestellt. Die Senioren-Union beklagt etwa, dass Schöffen bei Gericht in fast allen Bundesländern mit über 70 Jahren das Amt nicht mehr ausüben können, weil sie der besonderen Belastung nicht mehr gewachsen seien. In ihrem Leitantrag spricht sich die Senioren-Union auch für eine flächen-deckende medizinische Versorgung einschließlich der hausärztlichen, ärztlichen, geriatrischen und Krankenhausversorgung aus. Neben dem Ausbau der Telemedizin müsse zudem die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten von Medikamenten durch mehr heimische Produktion gesenkt werden. Zur Eindämmung der Alterseinsamkeit sollen Kommunen mehr Begegnungsmöglichkeiten, Seniorentreffs, Mehrgenerationenhäuser und psychologische Beratungsdienste organisieren. Schließlich sei es eine grundlegende Aufgabe der Daseinsvorsorge, „älteren Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern“.

4. Senioren fordern Inflationsausgleich für Rentner

Angesichts der hohen Inflation vor allem bei Lebensmitteln, Mieten und Energiepreisen fordert die Senioren-Union der CDU eine steuern- und abgabenfreie Ausgleichszahlung von 3000 Euro für Rentnerinnen und Rentner. Während es Unternehmen bereits 2022 ermöglicht wurde, ihren Beschäftigten eine steuern- und abgabenfreie Sonderzahlung bis zu dieser Höhe zu gewähren, gebe es diese Möglichkeit für Rentner bis heute nicht, heißt es in einer Pressemitteilung der Senioren-Union. Damit werde die Lebensleistung der Gruppe der über 65-Jährigen nicht gewürdigt, obwohl sie von Preissteigerungen des täglichen Bedarfs besonders betroffen seien und viele reale Angst vor Altersarmut hätten. Die Senioren-Union dringt auf eine grundlegende Rentenreform mit einer Steigerung des im europäischen Vergleich niedrigen Rentenniveaus von derzeit 52 Prozent in Deutschland. Neben einer Anpassung des Renteneintrittsalters an die gestiegene Lebenserwartung müssten zur Finanzierung der Mehrkosten auch eine höhere Beitragsbemessungsgrenze und eine

verpflichtende kapitalgedeckte Altersvorsorge als zweiter Rentensäule geprüft werden. Daneben spricht sich die Senioren-Union für eine höhere Witwenrente aus. Wer eine zunehmende „Witwen-Armut“ verhindern wolle, müsse den knapp 15 Millionen Witwen in Deutschland, die vielfach keine oder nur geringe eigene Ansprüche erworben haben, mehr als die derzeitigen 60 Pro-zent Rente ihres verstorbenen Ehemannes überwiesen werden. Senioren lehnen Zwang zum Gendern ab. Entschiedenem Widerstand gegen jeden Zwang zu angeblich „gengerechter“ Sprache und Schrift hat die Senioren-Union der CDU angekündigt. Eine deutliche Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehne das Gendern als unnatürlich, gekünstelt und übertrieben ab, erklärt die Senioren-Union in einer Pressemitteilung. Da das Gendern mit Sonderzeichen auch gegen die Empfehlungen des Deutschen Rates für Rechtschreibung verstoße, sei es besonders für die ältere Zielgruppe kein Thema. Die Senioren-Union unterstützt jedes sinnvolle gesellschaftspolitische Engagement für Gleichberechtigung. Die Gendersprache führe aber nicht zur Inklusion.

5. Senioren-Union kritisiert einseitig negatives Altersbild in Gesellschaft

Die Senioren-Union der CDU wehrt sich gegen das aus ihrer Sicht einseitig negativ gezeichnete Bild älterer Menschen in der Gesellschaft. „Oftmals werden ältere Menschen mit Stereotypen wie Abhängigkeit, mangelnder Belastungsfähigkeit und geringer Produktivität in Verbindung gebracht“, kritisiert der Bundesvorstand der Senioren-Union in einem Leitantrag für die Bundesdelegiertenkonferenz Ende August in Magdeburg. Stattdessen fordern die Senioren ein positives und realistisches Altersbild, das die Beiträge älterer Menschen für die Gesellschaft anerkennt. Unter anderem fordern die Senioren die Aufhebung altersdiskriminierender Regelungen und Vorschriften. So soll der Artikel 3 Absatz 3 im Grundgesetz um das Verbot der Altersdiskriminierung ergänzt werden. Darin werden bisher nur Religion, Geschlecht und Herkunft des Menschen unter den Schutz vor Benachteiligungen gestellt. Die Senioren-Union beklagt etwa, dass Schöffen bei Gericht in fast allen Bundesländern mit über 70 Jahren das Amt nicht mehr ausüben können, weil sie der besonderen Belastung nicht mehr gewachsen seien. In ihrem Leitantrag spricht sich die Senioren-Union auch für eine flächendeckende medizinische Versorgung einschließlich der hausärztlichen, ärztlichen, geriatrischen und Krankenhausversorgung aus. Neben dem Ausbau der Telemedizin müsse zudem die Abhängigkeit von ausländischen Lieferanten von Medikamenten durch mehr heimische Produktion gesenkt werden. Zur Eindämmung der Alterseinsamkeit sollen Kommunen mehr Begegnungsmöglichkeiten, Seniorentreffs, Mehrgenerationenhäuser und psychologische Beratungsdienste organisieren. Schließlich sei es eine grundlegende Aufgabe der

Daseinsvorsorge, „älteren Menschen ein würdevolles und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen und ihre Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu fördern“.

Mit freundlichen Grüßen

Günter Reise